

Die "Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen "Freie Welt", "Frauen-Welt" und "Der Jugend-Geselle". Der Bezugspreis beträgt bei treuer Zustellung ins Haus für Monat März 2,50 M., im voraus zahlbar. Für Postweg nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenband besogen für Deutschland, Dänzig, das Elsaß- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 1,80 M., für das übrige Ausland 2,20 M.

Die zehngespaltene Annoncenzeile oder deren Raum kostet 10.- M., einschließlich Anfertigung. Kleine Anzeigen: Das Zeitungsblatt kostet 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M., einschließlich Anfertigung. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 7.- M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das Zeitungsblatt kostet 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30-15239

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Die neue sächsische Gemeindeordnung

Von Richard Lipinski

Die Revolution setzte an Stelle des Obrigkeitsstaates den Volksstaat, an Stelle des ernannten Ministeriums die parlamentarische Regierung, an Stelle des Klassenwahlrechts das allgemeine Wahlrecht für die beiden Geschlechter. So war das äußere Kleid des Staates verändert. Auch für die Gemeinden war an Stelle des Klassenwahlrechts das allgemeine Wahlrecht getreten. Der Obrigkeitsstaat wirkte aber für die Selbstverwaltung der Gemeinden fort und behielt sie unter Vormundschaft. In den Gemeinden selbst war der Gedanke des Volksstaates nicht durchgeführt, weil in den Städten zwei gleichberechtigte beschließende Kollegien nebeneinander bestanden (Zweikammersystem). Für die Dauer war es unerträglich, daß Staats- und Gemeindeverfassung nicht übereinstimmten. Deshalb versprach die sächsische Regierung im Dezember 1920, dem Landtag eine neue Gemeindeordnung vorzulegen. Die Arbeit ist vollendet. Das Gesamtministerium hat die Vorlage verabschiedet und es wird die Gemeindeordnung mit der Gemeindevahlordnung dem Landtag zugehen. Ueber den Aufbau und Inhalt des Gesetzes seien die wichtigsten Grundsätze kurz angegeben:

An Stelle von fünf verschiedenen Gesetzen ist ein Gesetz für alle Gemeinden geschaffen worden. Ein Unterschied zwischen Stadt und Land, großen und kleinen Gemeinden wird nicht mehr gemacht, nur sollen die Gemeinden, die bisher Stadtrecht hatten, den Namen "Stadt" behalten. Ein neues Stadtrecht wird nicht mehr verliehen. Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden ist bis an die Grenze ausgedehnt worden, die den Zusammenhalt der Gemeinden mit dem Staate gewährleistet. Die Aufgaben der Gemeinden sind nicht einzeln aufgeführt, sondern es ist nur eine allgemeine Regel aufgestellt. Die Selbstverwaltung der Gemeinde findet ihre Grenze lediglich in dem Bedürfnis der Gemeinde, in den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Kräften. Zu den eigenen Aufgaben der Gemeinde ist auch die Verwaltungspolizei (Armenpflege, Wohlfahrtspflege, Gesundheitspflege, Veterinärwesen, Verwaltung der öffentlichen Wege, der Märkte, des Gewerbes, des Wohnungs- und Baumwesens, des Feuerwesens und die Fürsorge für die Sittlichkeit) getreten. Soweit diese Aufgaben über den Bereich der Gemeinden hinausgehen, bleiben sie staatliche Aufgaben, ebenso die Sicherheits- und Verkehrspolizei, die bisher Staatsaufgabe und den Gemeinden übertragen worden war.

In der Verwaltung des Vermögens sind die Gemeinden frei. Es sind nur Regeln für die sachgemäße Verwaltung der Gemeinden und für die Erhaltung des Gemeindevermögens aufgestellt worden.

An Stelle des Aufsichtsrates des Staates ist vorgesehen, daß in allen Rechtsfragen der Verwaltungsrechtsweg geöffnet wird, während für alle Zweckmäßigkeitsfragen der Beschwerdeweg an das Ministerium offen bleibt. Eine dem Ministerium übergeordnete Spruchbehörde ist ausgeschlossen. Soweit eine Genehmigung zu erteilen ist, wird sie durch Selbstverwaltungskörper, die aus allgemeinen Wahlen hervorgehen (Bezirks- und Kreisräte) erteilt.

Das Wahlrecht ist in seinen grundsätzlichen Bestimmungen in die Gemeindeordnung aufgenommen worden. Die technische Durchführung der Wahl regelt eine Landgemeindevahlordnung. Die Ausübung des Wahlrechts ist an eine längere Wohndauer in der Gemeinde nicht gebunden. Eine Teilerneuerung der Gemeindevertretung ist ausgeschlossen. Die Wahlen sollen gleichzeitig im ganzen Land alle drei Jahre stattfinden. Soweit Gemeindekollegien aufgelöst werden können, sollen die neugewählten Gemeindekollegien nur bis zur allgemeinen Wahl Geltung haben.

Die Gemeindeverwaltung teilt sich in eine beschließende Körperschaft (Gemeindevorordneten) und eine vorbereitende und ausführende Körperschaft (Gemeinderat). Die Gemeindevorordneten wählen ihren Vorsitzenden und Stellvertreter. Sie beschließen über alle Ortsgesetze, auch über die Polizeiverordnungen und über die Verwaltung des Gemeindevermögens und des Gemeindehaushalts. Die Gemeindeverwaltung hat kein den Gemeindevorordneten gleichberechtigtes Stimmrecht. Sie führt nur im Auftrage der Gemeindevorordneten die Verwaltung und bereitet deren Beschlüsse vor. Den Gemeinden selbst bleibt es überlassen, nach der Größe der Gemeindeaufgaben einen (Bürgermeister) oder mehrere Personen mit der Gemeindeverwaltung zu betrauen. Die Wahl der Gemeindevorordneten erfolgt durch die Gemeindevorordneten. Soweit sich die Verwaltung aus mehreren Personen zusammensetzt und die Einzelaufgaben der Verwaltung nicht auf bestimmte Personen verteilt sind, bedarf es des Körperbeschlusses. Das Verlangen, eine den Gemeindevorordneten gleichwertige beschließende Körperschaft (Rats-

#### Zu Verhandlungen bereit?

##### Ententebotschafter beim Kanzler

Nach den Mitteilungen einer Korrespondenz haben der englische Botschafter Lord D'Abernon und der italienische Botschafter Frassati gestern beim Reichskanzler vorgesprochen und sich über die Note der Reparationskommission geäußert, auch der französische Botschafter hat seinen Besuch angekündigt. Die fremden Diplomaten besprachen sich dann noch mit einigen bürgerlichen Abgeordneten. Der „Lokalanzeiger“ will von unterrichteter Seite erfahren haben, daß die Verhandlungen der Gesandten wenig angetan gewesen seien, irgendwelche Hoffnungen zu stärken, die in der Note im wesentlichen eine „Verhandlungsbasis“ sehen wollten. Sie hätten keine Zweifel darüber gelassen, daß sie die Lage als recht ernst ansähen. Im Gegensatz dazu meint „Die Zeit“, man werde in der Annahme nicht fehlgehen, daß diese Besuche als das erste Symptom einer Verhandlungsbereitschaft der Ententemächte über die Reparationsforderungen anzusehen sei. Ob die eine oder die andere Auffassung zutrifft, wird erst dann festzustellen sein, wenn die Note und das Begleitschreiben der Reparationskommission im Wortlaut vorliegt und die Regierung dazu Stellung nehmen kann.

Meldungen aus London besagen, daß man dort in den Kreisen des Parlaments und der Regierung von dem niederschmetternden Eindruck, den die Note der Reparationskommission in Berlin hervorgerufen habe, beunruhigt sei. Insbesondere verhehle man sich nicht, daß eine Kanzlerkrise die Beteiligung Deutschlands an der Konferenz von Genua, wenn auch in Frage stellen könnte, so daß der Konferenz selbst ein ganz anderes Gesicht verliehen würde, wenn an Stelle Rathenows eine andere Persönlichkeit Deutschland in Genua vertrete. Im allgemeinen halte man dafür, daß die Stellung Lord Georges durch diese Note sich keineswegs gefestigt habe. Einerseits enthalte sie das Bekenntnis des Zusammenbruches des Londoner Protokolls, andererseits schaffe sie Deutschland nicht jene Erleichterungen, die Großbritannien vor den furchtbaren Folgen des deutschen Dumpings schützen könnten. Man hoffe jedoch, daß es Lord D'Abernon gelingen wird, den Reichskanzler Wirth davon zu überzeugen, daß durch die Beschlüsse der Konferenz von Genua die Handelsbeschränkungen in Mitteleuropa und die gesamte Wiederaufbauarbeit derauf beeinflusst werden, daß Deutschland die neuen Reparationsforderungen erfüllen könne. Man glaubt in London auch, daß der erste lässige Eindruck bald einer Überlegung weichen werde, die den Weg zu Verhandlungen weise.

Auch in den Vereinigten Staaten soll an der Reparationsnote Kritik geübt werden. Nach einem Funkpruch des „Berliner Tageblatts“ fragte man sich in Washington, welches Geheimnis hinter diesem neuen englischen Umsturz stecke und über welche verborgenen Druckmittel Frankreich verfüge. Frankreich müsse Großbritannien gegenüber in einer sehr starken Position sein, und die Siege der Kemalisten seien dafür keine hinreichende Erklärung. Am schwersten sei das britische Prestige getroffen worden. Ueberdies sei man in Washington über den ultimativen Charakter der Note erstaunt und finde, daß ihre Bedingungen mit dem Wesen eines souveränen Staates schwer in Einklang gebracht werden könnten. Wenn aber Deutschland aufhöre, ein selbständiger internationaler Faktor zu sein, so sei das für amerikanische Geldgeber nicht gerade ermutigend. Die diktatorische Tonart der Note sei um so erschauerlicher, als die

Note mit der Gewährung eines Nachlasses auf die Ziffern des Londoner Ultimatus zugebe, daß das Ultimatum von London so ziemlich annulliert und daß die Entente scheinbar überzeugt sei, die Leistungskraft Deutschlands überschätzt zu haben.

##### Die englische Meinung

London, 24. März.

Der Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt über den Eindruck der Reparationsforderungen in Berlin, keine deutsche Regierung könne es übernehmen, Forderungen, wie die der Reparationskommission durchzuführen zu versuchen, und die augenblickliche Regierung werde es bestimmt nicht tun. Während der letzten vier Jahre sei die deutsche öffentliche Meinung in keiner Frage so eins gewesen wie in dieser. Wenn Dr. Wirth vor den Reichstag treten und erklären würde, er beabsichtige, diesen Forderungen zuzustimmen, so würde er nicht eine einzige Stimme irgendeiner Partei dazu erhalten. Der Berichterstatter hebt hervor, daß der durch die Forderungen der Reparationskommission erzielte neue Sturz der Mark bedeute, daß die deutsche Regierung 50 Prozent mehr für alle Devisen bezahlen müsse, die sie zu Reparationszwecken kauft, als dies vor einem Monat der Fall gewesen ist. Diese Frage sei so ernst, daß sich die deutsche Regierung wahrscheinlich nicht in der Lage sehen werde, die nächste Zehnagerate zu bezahlen. Durch den Sturz der Mark werde dem deutschen Budget vollkommen der Boden eingeschlagen und alle finanziellen Vorkehrungen würden dadurch in Unordnung gebracht.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die britischen Minister und Sachverständigen des Schatzamtes hätten gestern eingehend die Forderungen der Reparationskommission gegenüber Deutschland geprüft. Die Forderungen der Reparationskommission seien zweifellos scharf, möglicherweise scharfer als sie gewesen wären, wenn die britischen Ansichten ganz durchgedrungen wären. Die Forderungen seien jedoch entschärfte weniger scharf, als wie von deutscher und anderer Seite dargestellt werde. Die britischen Sachverständigen erklären, daß die Finanzpolitik und die finanzielle Verwaltung Deutschlands eine Unfähigkeit oder Vernachlässigung an den Tag gelegt hätten, die die Gläubiger Deutschlands dazu berechtige, ihr Einhold zu tun.

„Times“ schreibt in einem Leitartikel, nüchterne Politiker in Berlin sähen jetzt gereizt, die Forderungen der Reparationskommission zu betrachten. Sie erkennen an, daß diese Forderungen die Bestimmungen des Versailler Vertrages und des Londoner Ultimatus vom Mai zu Deutschlands Gunsten abänderten. Man nehme an, daß die deutsche Regierung um weitere Auskunft ersuchen werde. Das sei ein kluges Verfahren, solange es nicht nur als ein Vorwand zu Verzögerungen benutzt werde.

Der City-Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, die strikteren Bedingungen, die Deutschland jetzt von den Alliierten auferlegt werden sollen, hätten den neuen Sturz der Mark veranlaßt. In der City werde anerkannt, daß infolge der mit der Reparationsfrage untrennbar zusammenhängenden politischen Einflüsse eine befriedigende Lösung, die das Vertrauen in die Zukunft wieder herstelle, noch nicht in Aussicht sei. Die City lege sich vollkommen über die Gefahren Rechenschaft ab, die drohen werden, wenn die deutsche Mark den Weg der österreichischen Krone oder des russischen Rubels gehe.

verfassung) den Gemeinden wahlweise zu überlassen, konnte in dem Gesetz nicht beachtet werden.

Die Bevölkerung selbst soll zur Mitarbeit im weitesten Umfange herangezogen werden. Es soll dies erreicht werden durch Einsetzung von Ausschüssen, gemischten Ausschüssen und Ausschüssen für bestimmte Ortsteile. Der Bürgermeister vertritt die Gemeinde gegenüber den Gemeindevorordneten und nach außen. Er wird, wie die anderen Verwaltungsmitglieder, auf Zeit gewählt (6 Jahre). Das Bestätigungsrecht ist aufgehoben. Es ist aber die Möglichkeit der Nachprüfung durch den Bezirks- oder Kreisrat zugelassen. Die Bürgermeister haben sich nach Inkrafttreten der Gemeindeordnung zur Wahl zu stellen. Werden sie nicht wiedergewählt, sind sie abzusetzen, damit ihre wohlverordneten Rechte, soweit sie vermögensrechtlicher Art sind, gewahrt werden.

Das Beamtenverhältnis in der Gemeinde ist neu geordnet. Neu ist auch ein Schiedsgerichtsverfahren für Streitfälle aus dem Dienstverhältnis.

Gemeinden können sich freiwillig vereinigen. Es kann aber aus öffentlichem Interesse auch eine Zwangsgemeindung erfolgen. Diese Verwaltungsaufgabe dem Landtage zuzuwenden, war nicht angingig. Dagegen wird nicht mehr das Ministerium des Innern, sondern das Gemeindevorordnetenministerium über eine Zwangsgemeindung entscheiden.

Völlig neu in dem Gesetz ist die Umstellung der unteren Verwaltungsbehörden. Den reichsgesetzlichen und

den eigenen Bedürfnissen der Gemeinde und ihrer Bewohner entspricht es, daß die obere und untere Verwaltungsbeförde (im letzten Satz Kreishauptmannschaft) erhalten bleibt. Die unteren Verwaltungsbehörden (Amtshauptmannschaften) haben sich als zu groß erwiesen. Sie sollen abgebaut und umgestellt werden. Hier soll der Selbstverwaltung der Gemeinde freier Spielraum gelassen werden, und deshalb soll diese Umstellung von der Gemeinde aus erfolgen. Den Gemeinden soll das Recht gegeben werden, sich zu Gesamtgemeinden zu verbinden. Die Gesamtgemeinde soll gleiches wirtschaftliches Gebiet zusammenfassen, für das auch die geeigneten Verkehrswege vorhanden sind. Diese Gesamtgemeinden unterscheiden sich von der Einmündung dadurch, daß der Einzelgemeinde in der Gesamtgemeinde noch ein Eigenleben gewährleistet wird. Ist die Leistungsfähigkeit der Gesamtgemeinde gegeben, dann werden ihr die Geschäfte der unteren Verwaltungsbehörde übertragen. Die Folge wird ein allmählicher Abbau der Amtshauptmannschaften sein.

Sämtliche Gemeinden der Staat sowie die öffentlich-rechtlichen Körperschaften können sich zu Zweckverbänden vereinigen. Durch einen Zweckverband können auch die bisherigen Einrichtungen der Bezirksverbände auf die Gesamtgemeinden des Bezirks übernommen werden. Alle Einwohner des Landes sollen an dem Gemeindeleben teilnehmen. Es müssen deshalb auch die Einwohner verstreut liegender Gebäude und die der selbständigen Orts-

bezirke den Gemeinden angegliedert werden. Die Aufhebung der Gutsbezirke, die bereits 1918 angeordnet war, muß restlos durchgeführt werden. Soweit Staatsforsten oder Anstalten des Staates oder öffentliche Körperschaften bestehen, soll ausnahmsweise von Eingemeindung abgesehen werden.

Der Abbau der Amtshauptmannschaften bedingt, daß die Aufgaben der Bezirksverbände in die Uebergangsbestimmungen aufgenommen worden sind. Ist mit der Möglichkeit des baldigen Abbaus der Amtshauptmannschaften und damit der Bezirksverbände zu rechnen, so sind dennoch eine Reihe von Bestimmungen in das Gesetz aufgenommen worden, die den Aufgabenkreis der Bezirksverbände erweitern. Nach den nach der neuen Gemeindeordnung vorgenommenen Neuwahlen der Gemeinden sind auch die Bezirksräte und die Bezirksausschüsse neu zu wählen. Damit scheidet auch die Streitfrage aus, ob eine Teilerneuerung der Bezirksausschüsse erfolgen soll.

Die Amtshauptmannschaften bleiben für den Uebergang als Staatsbehörden bestehen. Dem Bezirksrat wird das Recht eingeräumt, sechs Monate nach der Neuwahl des Bezirksrates die Abberufung des Amtshauptmanns zu verlangen und der Staatsregierung neue Vorschläge zu unterbreiten.

So bringt das Gesetz eine Fülle neuer Aufgaben und räumt mit 16 verschiedenen Gesetzen auf. Die Folge wird eine völlige Neugestaltung der Staatsverwaltung sein. Das Gesetz ist in Vorbereitung. Dem Verlangen, die Verabschiedung der Gemeindeordnung zurückzustellen, bis auch dieses Gesetz verabschiedet sei, kann nicht entsprochen werden, einmal weil die Verabschiedung der Gemeindeordnung durch das Staatsgesetz über die Staatsverwaltung nicht berührt und zweitens der Inhalt des Gesetzes selbst stark durch die Gemeindeordnung beeinflusst wird. Das Gesetz kann deshalb erst dann dem Landtage vorgelegt werden, wenn sich übersehen läßt, wie der Landtag sich zur neuen Gemeindeordnung stellt. Das Gesetz selbst muß aber noch sorgfältig durchgearbeitet werden, weil es die Kompetenzen der Einzelbehörden umstellt und damit eine ganze Reihe älterer Gesetze verändert und überflüssig macht. An dem Landtage selbst liegt es nun, die Gemeindeordnung alsbald zu verabschieden, um den Gemeinden selbst die erstrebte Selbstverwaltung zu gewähren.

## Nachtragsetats

### Die finanzielle Lage des Reiches.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde eine Reihe von Nachtragsetats in Höhe von insgesamt 60 Milliarden Mark angenommen. Die Eisenbahnverwaltung erfordert u. a. 25 Milliarden Mark mehr, im Etat des Reichsernährungsministeriums erscheint ein Fehlbetrag von 93,5 Millionen Mark und der ordentliche Etat des Postministeriums enthält Mehrausgaben von insgesamt 4 Milliarden.

Rechnerisch erblibt sich für das Haushaltsjahr 1922 ein Gesamtfehlbetrag von 198,5 Milliarden Mark. Der Löwenanteil der neuen Steuererhöhung wird durch die Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung ausgeglichen. Für Reparationslasten bleiben nur 16,5 Milliarden. Nach Abzug dieses Betrages würden 202,9 Milliarden unge deckt bleiben. Der Reichstag will nun eine Zwangsanleihe von einer Milliarde Goldmark beschließen, deren Ergebnis in Papiermark noch nicht feststeht. Es wird ein Ergebnis von 70 Milliarden erwartet.

Die „Vossische Zeitung“ bemerkt in ihrem Bericht zu diesen Zahlen: „Die Zwangsanleihe würde also nicht einmal für 1922 eine Senkung unserer Finanzlage herbeiführen. Ihr Ertrag würde ins Bodenlose fallen. Wäre es möglich, wie anscheinend die Reparationskommission verlangt, für 1922 noch weitere Steuern im Betrage von 60 Milliarden Mark aus dem deutschen Volke herauszuholen — das dies möglich sein würde, wird in diesem Kreise kaum jemand glauben — so würde auch das nicht ausreichen, um die Ausgaben, die der Friedensvertrag auferlegt, voll zu decken. Es würden immer noch 72,9 Milliarden unge deckt bleiben.“

## Gegen die Sentimentalität in der Kunst

Hans-Thoma-Ausstellung. National-Galerie.  
Eintritt zwischen 5 Mark und 20 Mark.

Die große Sorgfalt, mit der Ludwig Justi die Ausstellung zusammengebracht hat, ist so achtunggebietend in ihrer ehrlichen Freude, daß es nicht leicht fällt, mich gegen seine aufopfernde und liebevolle Arbeit zu stellen; aber es scheint mir doch notwendig zu sagen, daß diese Arbeit mühselig ist. Der „deutsche Meister“ Hans Thoma ist eine Rassenuggestion. Und vor seinen Bildern ewig die deutsche Seele zu beschwören, beruht auf einem Mißverständnis. Wenn man unter Deutschum Leidenschaftslosigkeit, gemütlige Behäbigkeit und wohlwollende Allgemeingefühle versteht... meinetwegen! Dann sind aber unsere Stärksten keine guten Deutschen gewesen. Was soll in einem geistigen Sinne an Thomas Malerei deutsch sein? Was die Bewunderer „deutsch“ nennen, ist das formlose, das Ausweichen vor der Unerbittlichkeit der künstlerischen Forderung, das gutmütig Bequeme in seinen Bildern... also ihr künstlerisches Marko. Deutsch? Mein Gott, es werden auch in Frankreich schlechte Bilder gemalt. Keine Nation ist davon sicher. — Wenn man dieses harte Urteil, zu dem uns nur die Lobeshymnen der Gegenseite zwingen, ausspricht, so bekommt man meist zu hören, daß man offenbar für das Deutsche keine Empfindung habe. Es handelt sich aber gar nicht, um Kritik von Empfindungen, sondern um Kritik von Form. Selbst wenn ich alle Empfindungen Thomas so groß fände, wie ich sie mag, neigt, gut bürgerlichen Durchschnitts aller Braven in allen Ländern, internationalen Familienbistatfonds finde, so müßte ich doch fragen: sind diese Empfindungen zur Form gebracht? Das allein hat in der Kunst Geltung, in der alten wie in der neuen, in der deutschen wie in der hindostanischen. Alles andere bleibt Dilettantismus. Ludwig Richter hat sehr simple Empfindungen manchmal zur Form gebracht — und diese Arbeiten von ihm erfüllen mich mit Respekt (z. B. die „Ueberfahrt am Schreckenstein“). Keineswegs möchte ich das Einfache, bescheiden Gütige, übergegangen wissen. Aber in der Kunst interessierte es, genau so wie Große und Mächtige, nur... wenn es Kunst ist.

Warum bemüht man immer die Seele in der Kunst? Ueber Seelen zu urteilen, ist doch nicht unsere Sache. Das ist Sache Gottes am Tage des jüngsten Gerichts. Ich mache mit kein

## Pogromheße in München

### Eine neue Mordtat aufgedeckt

In München ist eine neue Mordtat aufgedeckt worden, deren Urheber in den Kreisen der Einwohnerwehr sitzen. Dem „Vorwärts“ wird darüber gemeldet:

„Im vorigen Jahre wurde die Leiche eines Kellners Hartung in der Nähe von Zusmarshausen mit 11 Schüssen im Leibe aus dem Wasser gezogen. Hartung hatte in den Kreisen der Einwohnerwehr verkehrt und hatte einen Nachrichtendienst unterhalten, dessen Ergebnisse er den Rechtsparteien anbot. Wie die Kriminalpolizei München feststellte, war er als Nachrichtenagent der Einwohnerwehr tätig. Zeht hat ein Arzt, Dr. Berger, früher Oberleutnant und Mitglied der Einwohnerwehr, die Ermordung des Hartung eingestanden. Er ist auf das Eingefändnis hin verhaftet worden.“

Der Komplize des Dr. Berger, der Begründer der Einwohnerwehr Rosenheim-Zusmarshausen, ist unterdessen flüchtig geworden. Unser Münchener Parteiorgan stellte fest, daß der Komplize des Dr. Berger den Hartung unter dem Vorwande einer Spazierfahrt im Auto aus München herausgelockt hatte. Berger ging dem Auto entgegen und nun entwickelte sich ein Kampf, bei dem Hartung die 11 Schüsse erhielt. Die Leiche wurde ins Wasser geworfen. Bezeichnend ist, daß der Mörder selbst im Auftrage der Behörde die Leiche des Ermordeten sezierete!

Die Mordtat reiht sich also ein in die Kette der gemeinen Verbrechen, die von den organisierten monarchistischen Mordgesellen verübt wurden. Die Einwohnerwehr ist das Organisationszentrum dieses Kreises gewesen und ihre Reste sind es bis auf den heutigen Tag. Gerade jetzt wird eine neue Heße betrieben, deren Zweck offenbar der ist, weitere bei den vertriebenen Monarchisten unliebsame Persönlichkeiten auf dem gleichen verbrecherischen Wege zu beseitigen. Die zweite Märzausgabe 1922 (3. Jahrgang Folge 11) des in München erscheinenden Wochenblattes der Einwohnerwehr „Heimatland“ bringt in einem auch als Sonderausgabe verbreiteten Artikel „Somjethommissar Wirth“, „Die neubestehende Tschersowitschanka an der Arbeit“ eine angebliche Aeußerung eines Vertreters der Sowjetregierung bei einer Geheimnisung der Aktionsausschüsse der U.S.P. und der K.P.D., wonach es dank der Vermittlung Rathenaus gelungen sei, Dr. Wirth davon zu überzeugen, daß nur die Bildung einer reinen Arbeiterregierung den Ausbruch der Konterrevolution verhüten könne. Auf parlamentarischem Wege sei die anzustrebende Entwicklung nicht zu erreichen, sondern nur auf dem eines Staatsstreichs, gestützt auf eine Aktion der Arbeiterschaft. Vorbedingung sei die vorherige Entlassung der Konterrevolution; die Reichsregierung habe sich zu diesem Schritt entschlossen. Hiermit wird in dem fraglichen Artikel des weiteren der Beweis dafür als erbracht angesehen, daß der Reichskanzler Dr. Wirth aktiv an der Zerstörung des Reichs arbeite und sich zu diesem Zweck mit den russischen Bolschewisten verbunden hätte, und daß der Reichsminister des Auswärtigen seine Aufgabe darin erblicke, die Verbindung zwischen der Reichsregierung und der bolschewistischen Umsturzbewegung, sowie mit der Dritten Internationale herzustellen. Es wird sodann in dem Artikel die Schlussfolgerung gezogen, daß hierdurch der Landesverrat unserer führenden Regierungsmänner bestätigt sei.

Deutlicher kann man nicht mit dem Nordstahl winken. Diese Heße der Presse des Herrn Escherich wird trefflich ergänzt durch entsprechende Versammlungen. Auch darüber wird dem „Vorwärts“ aus München berichtet:

„Eine Versammlung der Bayerischen Mittelstands-partie wurde zu einer antisemitischen Heße mißbraucht, die selbst in Bayern ihresgleichen sucht. Mit dem Namen Rathenaus leitete der Versammlungsredner die niederen Instinkte des nationalstischen Pöbels derartig auf, daß fortgesetzt Rufe zu Gewalttaten gegen die jüdische Bevölkerung Münchens laut wurden. Selbst zum Totschlag an dem bayerischen Ministerpräsidenten wurde aufgefordert. Eine Anzahl Versammlungsteilnehmer drohten, die

Ausweisung ihres antisemitischen Führers mit dem Pogrom in München zu beantworten.“

Wann wird die Reichsregierung der bayerischen Regierung mit der erforderlichen Energie bedeuten, daß es ihre Pflicht ist, die nationalstische Mordzentrale endlich auszuhacken?

## Die Getreide- und Kartoffelversorgung

Am Dienstag und Mittwoch waren die Vertreter der Länder, darunter eine große Zahl von Ernährungs- und Landwirtschaftsministern, unter Vorzug des Staatssekretärs im Reichsernährungsministerium, Dr. Huber, zu einer Beratung über die Gestaltung der Getreidebewirtschaftung und der Kartoffelversorgung im nächsten Jahr zusammengetreten. In der Frage der Getreidebewirtschaftung sprach man sich mit Ausnahme von Bayern, das eine entgeltliche Stellung noch nicht einnahm, gegen die freie Wirtschaft und für Beibehaltung der Umlage auch im nächsten Jahre aus. In kurzen soll eine Referentenbesprechung mit einzelnen Ländern stattfinden, um eine entsprechende Geheßvorsorge zu erörtern. In der Kartoffelversorgung wurden vom Reichsernährungsministerium die Mängel der bisherigen Versorgung anerkannt, aber auch die Schwierigkeiten einer Zwangsbeziehung der Kartoffeln, d. h. einer Kartoffelumlage, betont. In dieser Frage hat die Konferenz jedoch keine bestimmten Beschlüsse gefaßt und Vorschläge gemacht, sondern nur eine Resolution angenommen, wonach das Reichsernährungsministerium Wege suchen müsse, für eine bessere Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Kartoffeln im nächsten Wirtschaftsjahr.

## Die Hungerblockade der Agrarier

Die Beratungen der Ernährungsminister der Länder und deren Eintreten für die Fortdauer oder gar Ausdehnung der Getreideumlage scheint eine Gegenaktion der Agrarier hervorzurufen. Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt auch in ihrer Morgenausgabe vom Freitag an der Spitze des Blattes wieder eine heftige Verwahrung gegen diese Stellungnahme der Ernährungsminister und gegen die „laienhafte Art“, mit der die Regierung „aus der großen Not der Gegenwart die größere Not der Zukunft bereitet“. Die agrarischen Kreise scheinen ihre Aktion für die Verteuerung der Brotpreise aber auch darum für notwendig zu halten, weil die Neubesehung des Postens des Ernährungsministers bevorsteht. Die Agrarier haben ihren Hermes an das Finanzministerium abtreten müssen, und nun setzen sie ihre ganze Lungenkraft und ihren großen Einfluß ein, um einen neuen Hermes zu bekommen. Der Ausruf der „Deutschen Tageszeitung“ droht ziemlich unverblümt mit den schärfsten Mitteln des Boykotts der Konsumenten durch die Landwirtschaft. In dem Artikel heißt es:

Durch Nachrichten über eine etwaige neue Getreideumlage veranlaßt, findet die in der Landwirtschaft entstandene starke Unruhe auch weiterhin in zahlreichen Entschlüssen Niederschlag. Aus allen Kundgebungen geht der elementare Wille aller Gebiete des Reichs-Landwandes hervor, für die Verfügung über Erzeugnisse der neuen Ernte keinerlei irgendwie gearteten behördlichen Zwang hinzunehmen. Mit einer Geduld, wie sie kein anderer Berufsstand je gezeigt hat, ertrug die Landwirtschaft bisher die wirtschaftlichen Ausnahmegesetze. Jetzt allerdings hat dies ein Ende!

Die freie Getreidewirtschaft würde bei dem gegenwärtigen Stand des Dollars einen Brotpreis von 70 bis 75 Mark zur Folge haben. Das ist ein Geschäft, das sich die Landwirtschaft nicht verderben lassen möchte durch das Umlageverfahren. Man muß also auf den stärksten Widerstand dieser skrupellosen Ausbeuter der Volksmassen gefaßt sein, und die Arbeiterschaft wird nur mit dem Aufbebot ihrer ganzen Kraft und nur in einmütiger Abwehrfront die anmahenden Forderungen des Agrarierums zurückweisen können.

Wechsel in der Schriftleitung der „Germania“. Der bisherige Chefredakteur der „Germania“, Dr. Hommerich, tritt, wie die Tei-Union meldet, am 1. April von seinem Posten zurück, um eine Stelle im Reichsfinanzministerium zu übernehmen.

Urteil über irgend eine Seele an, auch nicht über Hans Thomas Seele oder sonst irgend eine. Meine Urteil richtet sich allein auf Form und Farbe und Linie. Und deren Verleihen in Bildern und Zeichnungen Hans Thomas ist durchschnittlich.

Groß und allgemein ist heute die Klage, daß Hans Thoma vor 50 Jahren niemanden fand, der ihn auszustellen wagte. Wird dieses Unrecht, das es war, besser gut gemacht durch eine 100. Ausstellung des alten Thoma, dem seit einem Menschenalter alle Türen weit offen stehen — oder durch eine Ausstellung derer, denen es heute so geht wie Thoma vor 50 Jahren? „National-Galerie“: — einmal Ernst machen mit diesem Begriff und die Reihe derer herausstellen, die so etwas wie eine Tradition unserer Kunst repräsentieren könnten. Diese wichtige Aufgabe liegt ganz im Argen. Deutsche Kunst kann man nur definieren, wenn man die deutsche Nicht-Kunst beiseite läßt. Sonst kommt man nicht zur Kunst, folglich auch nicht zur deutschen Kunst — nur zur deutschen Zipselmühle.

### Willy Baumelster und Jernand Léger.

#### Der Sturm.

Hier gibt es nun freilich nicht soviel Empfindungen wie bei Thoma. Seele darf man hier mit Recht vermissen. Dies ist keine Angelegenheit des Träumens, Plauderns, Mögens, sondern der klaren, energiegelichen Formung. Dies sind Bilder — nicht in dem oberflächlichen Sinne eines mehr oder minder hübschen Ausschnitts aus einem Naturmotiv, sondern im wahren Sinne der gegliederten und bestimmten Fläche. Hier ist die in ihren Proportionen von Länge und Breite, in der Kraft ihrer vier Winkel gegebene Fläche nicht ohne Folge, auf die wie auf eine gebuldige Tischplatte allerlei „Formen“ gelegt werden können, sondern die positiv genommene, wirkende Fläche wird durch Formung Bild, ... „ein schön geordnetes Individuum“ (Koonis). Und das ist das Problem der Malerei — und eine Malerei, die an diesem Problem vorübergeht, ist nicht eine Malerei mit anderen Zielen, sondern Dilettantismus, so wie eine Philosophiererei des lieben Gemütes, die an Keins Erkenntnissen vorüberduselt, nicht eine besondere Philosophiererei, sondern philosophischer Dilettantismus. Auch in der Kunst sind Erkenntnisse dazu da, ausgebaut, nicht aber vernachlässigt zu werden. In den Werken eines Baumelster, eines Léger, sind die Erkenntnisse der großen Meister fruchtbar gemacht; und weitergeführt — in Werken, die nun nicht mehr ein Gemisch halb Seele, halb Vellarbe sind, sondern reine exakte Form, erfüllt von allen Geheimnissen unserer aktiven und im Konstruktiven so erfindungsreichen Zeitalters. In diesen gesammelten und gespannten Formen erkennen wir uns wieder —

in Hans Thoma Hebbäugeln wie nur mit dem verlorenen Paradies der Großväter, das wahrscheinlich niemals ein Paradies war.

Ist es aber nicht sehr schwer, die Formen eines Baumelsters zu verstehen? Ich meine nicht! Es ist in ihnen die gleiche Schönheit wie in den schwebend-anmutigen, psellschnellen und diszipliniert-sicheren Bewegungen der Tänzer im Eisballet (Admiralpalast), für die Rudolf Belling einen köstlichen satirischen Korneol in geniert hat. Es ist an ihnen dieselbe geheimnisvolle Ferne und Unauslösbarkeit, wie in manchen Bildern des Shakleton-Filmes, die als Erschelung (ich meine jetzt nicht das Motiv) von unerhörter Lebendigkeit, ja aufwühlender Größe sind. Dem Menschen, der sein Auge erst einmal für Dinge dieser Art geöffnet hat (und das ist Ziel der Kunstszene, nicht das Starren auf Bildern!), wird bald die Malerei eines Thoma zu schal und zu bequem. Meine Bewunderung gehört denen, die in ein neues Land vorstoßen — mehr den Künstlern und den Ingenieuren, als den Seelen-Künstlern, die uns mit ihren Privatangelegenheiten wirklich nicht mehr interessieren, wie das schon so höflich Paul Scheerbart in seinem Roman „Ich liebe Dich“ geschrieben hat. Ich vermute, daß die Tänzer, die Akrobaten, die Fußballer auch eine Seele haben... vielleicht eine reinere, schönere und edlere als manche der Herren Kunstmalers. Aber Charles Caplin zeigt uns nicht seine Seele — dann wäre er so langweilig wie Fern Andra — sondern er kann etwas, was kein anderer kann...

Mögen doch auch die Maler zeigen, was sie als Maler können, als Bildgestalter. Ob ihr Herz malisch oder portugiesisch, ob es norddeutsch, mitteldeutsch oder süddeutsch ob es edel, hilfreich und gut oder böse von Jugend auf ist, das bekümmere ihren Weichtiger und die „Tägliche Rundschau“. Haben sie ein Herz, das gut ist, so gibt es sehr viele Möglichkeiten, die Gütigkeit in die Tat umzusetzen. Die gute Tat ist besser als ein schlechtes Bild.

Das gute Bild aber erfüllt uns mit Kraft.

Adolf Behne

Richard Wagner: Tristan und Isolde. (Große Volksover.) Das unendlich schöne Drama von Leid, Sehnsucht, Seltsamkeit, Adel, Wahn und Todesnot großer übermenschlicher Liebe führte die preiswürdige „Große Volksover“ ihren Hörern mit gutem Gelingen vor.

Man hat es leicht, bei all den Komplimenten, mit denen diese für Berlin völlig neue Einrichtung vorläufiger Opernvorführungen mit vorzüglichen Kräften rechnen muß, [hart] zu

# Dienstag, den 28. März, abends 7 Uhr Massenversammlungen in Groß-Berlin

## Heraus aus Wohnungsnot und Wohnungswucher!

Der Aktionsausschuss für Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen, an dem Bevollmächtigte des ADW, der Afa, der beiden sozialistischen Parteien und anderer Körperschaften beteiligt sind, verbreitet folgenden Aufruf:

Reichstag und Reichsregierung sind ohnmächtig gegenüber der immer mehr drohenden freien Wirtschaft und nicht mehr in der Lage, die letzte Position, den Mieterschutz zu halten und eine rechtswirksame, soziale Wohnungspolitik zu betreiben!

Trotz Reichsmietengesetz und Mietssteuer wird die Wohnungsnot nicht behoben!

Die unterzeichneten Parteien und Organisationen sind daher entschlossen, die

### Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen

zu verlangen und auf dem Wege dahin zunächst einen Ausbau des Reichsmietengesetzes zu fordern, weil bei dem soeben beschlossenen Gesetz ein durchgreifendes Mitbestimmungsrecht der Mieter fehlt und der ewige Kampf zwischen Mietern und Vermietern nicht vermieden wird. Das Gesetz hat für uns daher nur einen zeitlichen Wert, besonders auch, wenn sich nicht unverzüglich ein Hypothekengesetz, das eine spekulative Mehrbelastung der Grundstücke verhindert, und ein Bodensperregesetz, das den Verkauf von Grundstücken unter Aufsicht stellt, anschließen. Ferner verlangen wir eine durchgreifende Wertzuwachssteuer auf Grundstücksverkaufsgewinne sowie das dem Reichsarbeitsministerium schon seit 1920 vorliegende Gesetz für Bodensparwirtschaft, das erst das Versprechen der Reichsverfassung zur Erfüllung bringen kann, nämlich den Mietsbrauch bei der Verteilung und Nutzung des Bodens zu verhindern, und das dem Ziele zutrifft, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den Kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte zu sichern. Die unsoziale Mietssteuer kann, soweit das überhaupt möglich ist, nur durch die

### Selbstverwaltung des Wohnungswesens

sozial gestaltet werden. Die Selbstverwaltung ermöglicht auch erst eine gerechte Mietzinsbildung, die keine wucherische Grundrente zulässt.

Um diesen Forderungen Gehör zu verschaffen, haben wir einen

### Aktionsausschuss für Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen

gebildet, dessen Adresse Berlin W 50, Augsburgstr. 61, ist.

- Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
- Allgemeiner freier Angestelltenbund.
- Bund Deutscher Mietervereine.
- Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands.
- Freigewerkschaftliche Fraktion des Reichswirtschaftsrates.
- Verband sozialer Baubetriebe.

## Sinowjew

Der „Sozialistische Wote“, das Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, bringt in seiner neuesten Nummer die Mitteilung, dass Sinowjew endlich seinen Posten eines Diktators Petersburgs verlässt. Um dieses Ziel zu erreichen, mühte man zu folgendem Mittel greifen: man veranlasste die erweiterte Exekutive der Moskauer Internationale, eine rühmliche Resolution anzunehmen, in der Sinowjew gebeten wurde, die Petersburger Satrapie aufzugeben und nach Moskau überzusiedeln, um seine wertvollen Kräfte der Leitung der Weltrevolution zu widmen.

Die „Rote Fahne“ speit Gift und Galle über diese Meldung des „Menschewistenblattes“, sieht sich aber zugleich genötigt,

kritisieren und vieles zu verurteilen. Die Hauptsache bleibt: ein großes, fleischfülliges Publikum bekommt Werke zu hören, die es sonst nur unter schwierigsten Umständen sich anschauen kann.

Die letzte Aufführung hob sich mit dem Werke selbst, und so waren die letzten anderthalb Akte ein wunderbares Ereignis: die Hölle der Frau Kurt vor der ihrer „königliche“ Waise und Herr Vogelstrom wurde plötzlich ein herrlicher lebender Verkörperer seiner schweren Rolle. Man vergah die nächsten, ledere Dekoration, man vergah die mahligenen orke Liebeszene im zweiten Akt, man lachte nur und lachte und man erlebte eine Kunst die wie ein Gottesdienst ausklang: fromm und rein mythisch-groß, das man, als man auf die Kantstraße hinaustrat, sich verwundert fragte: wo sind wir?

Die Spielleitung Hörth's war wie immer gut, nur hätte man wenigstens dem dritten Akte mehr Wärme und Dede geben müssen. Anton Hoff als Dirigent war im besten Sinne respektvoll und ernst bei seiner schönen dankbaren Arbeit, und namentlich ihm ist viel vom Gelingen des Ganzen zu danken.

Arno Radel.

„Masse Mensch“ in der „Chemnitzer Volksbühne“. Ueber die Erläuterung von „Masse Mensch“ durch den Verein der Chemnitzer Volksbühne schreibt unser dortiger K. M. Mitarbeiter: Qualende Verzweiflung, leidvolle Erkenntnis — brausende Begeisterung für das sittliche Ideal, nicht die Propaganda der Tat, sondern der Leidensweg innerer Größe durch Trauer und Nacht zum opfernden Ende ist „Masse Mensch“. Märtyrer in die Trohn des Alltags gepreßt, die müde Körper zur Schmach täglicher Erniedrigung schleppen, — gefolterte Gewissen und gepinigte Seelen in Kettenfluren — das ist Masse und Sonja: Du und ich! Unlösbar mit der vorwärtstreibenden Kraft innerer Ueberzeugung heiligen Feuers verbunden. Begann die Qual erst im Kriege? Begann sie vordem? Begann sie nicht schon am Kreuze auf Golgatha? Befreit uns von gestern, befreit uns von den Schmerzen des Systems der Unterdrückung, von der Folter des Systems der Entrechtung. Erlöst uns aus Wästen der Verzweiflung! Uns?, wer sind die, wer sind wir? Das Leidenswort Buddha: tat twam aahi verhasht sich Geltung dort, wo Leiden geschehen. Das bist du, schreit der Spiegel innerer Erkenntnis zurück: das bist du, grinst die Maske des entmenschten Feindes; das bist du, ruft jauchzend das Herz in eigener Brust. Nicht das Prinzip (die Masse) kann uns retten, nicht sie allein, sondern das sittlich überregende Ideal. Noch halten Schatten des Menschentodes uns umfangend und dringt der Stahl des Feindes in mein Herz, noch kenne ich mein Land, kennt der Feind seinen Staat, doch morgen, morgen nach der Auferstehung schaut die Sonne in das Antlitz mir und meiner Brüder.

Unter der Regie Ludwig Seipps erlebte Chemnitz eine Aufführung, wie sie um so seltener sein wird, je weniger wir solche Männer haben, die im Verleihen und im Selbstleiden der Not

eine Darstellung zu geben, die die Meldung des „Sozialistischen Woten“ vollinhaltlich bestätigt. Das Blatt schreibt:

„In der Tat verhält es sich so, daß sich das russische Zentralkomitee wiederholt mit der Frage beschäftigt hat, ob es nicht möglich sei, den Genossen Sinowjew von seinem Petrograder Posten zu befreien und ihm die Möglichkeit zu verschaffen, sich ganz der Tätigkeit an der Exekutive der Dritten Internationale zu widmen. Bisher ist die Frage vom russischen Zentral-Komitee stets verneint worden. Sie wurde aber von mehreren Delegationen in der Konferenz der Erweiterten Exekutive in Moskau erneut auf die Tagesordnung gestellt. Ein Antrag, der eine Reihe von Unterschriften trug, verlangt in seiner ursprünglichen Fassung von der A. P. kategorisch die Enthebung des Genossen Sinowjew von seinen Petersburg'schen Pflichten. Auf die nachdrücklichen Einwände, die mehrere Mitglieder des russischen Zentral-Komitee vorbrachten, wurde beschloffen, den Antrag so abzuändern, daß er lediglich als einmütiger Wunsch der Konferenz dem Zentral-Komitee unterbreitet werden sollte. Das ist geschehen. Wenn das Zentral-Komitee nun einen Weg gefunden haben sollte, auf dem sich der Wunsch der Konferenz ermöglichen läßt, so würden wir das aus wärmste begrüßen.“

Daß die Berliner Stipendiaten Sinowjew's keine Ueberfiedlung nach Moskau „aus wärmste begrüßen“, ist verständlich. Weniger angenehm dürfte die „weltrevolutionäre“ Tätigkeit Sinowjew's allen der Moskauer Zentrale angeschlossenen Parteien sein, die sich noch einen Funken Einsicht und Verantwortungsbewußtsein erhalten haben. Die Tätigkeit dieses schmierigen Intriganten hat sich schon bisher für die gesamte kommunistische Internationale als so verhängnisvoll erwiesen, daß alle vernünftigen Elemente in der kommunistischen Bewegung nur mit der größten Besorgnis seinem künftigen Wirken entgegensehen können.

## Die Kraftprobe der Rüpel

### Voelky über den Lichterfelder Skandal!

Kultusminister Voelky äußert sich jetzt in einem Artikel in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ selbst zu den Vorgängen in der staatlichen Bildungsanstalt in Lichterfelde. Er wendet sich gegen die „richtigen Artikel“ gegen ihn in der Rechtspreffe und bekennt die Tatsachen, die zu der Maßregelung der Primaner geführt haben, folgendermaßen:

Es ist aber auch falsch, wenn man andererseits sagt, über die Schüler sei wegen einer „Belanglosigkeit“, eine „Pannäler-Unbesonnenheit“ eine Strafe verhängt worden, die in keinem Verhältnis zu ihrer Schuld stehe. Man stellt die „Demonstration“ des 16. Februar als eine „zum Teil unerwiesene“ Jugenddummheit hin, für die man Verständnis haben müsse. Zunächst sei mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß es sich bei dem Vorgang am 16. Februar im Ghsaal der Anstalt um eine Demonstration gehandelt hat, die mit Recht in der Anstalt selbst als eine Revolte bezeichnet werden ist. Tausende von Schülern mit geballten Fäusten auf eine große Handbombe eindringen, Schimpfworte gegen sie ausstoßen, wie „Hure“ und „Sau“, sie geradezu tätlich bedrohen, und zwar so, daß ein Erzieher und ein Oberprimar vor sie treten m“en, um sie zu schüßen, so ist es bedauerlich, wenn man in der Teilnahmslosigkeit auch nur den leisesten Versuch macht, solche Ausbrüche von Gefährlichkeit mit dem Ausdruck „Pannäler-Dummheit“ zu entschuldigen. Leider kann aber auch diese Demonstration nicht einmal als ein spontaner Gefühlsausbruch angesehen werden, der unter massenunabhängiger Wirkung erfolgt und deshalb weniger ernst zu nehmen ist. Der 16. Februar bedeutet nur ein, wenn auch bedeutungsvolles, Glied in einer Kette von Handlungen, die als Ganzes betrachtet werden müssen. Vor und nach dem 16. Februar sind Handlungen der Schüler festgestellt worden, die darauf

nicht Regisseure einer modernen Kunst, sondern Jünger unserer Idee sind: Gehet hin in alle Länder und lehret sie — —!

„Die Junge Bühne“, die am Sonntag, den 2. April, im Neuen Theater am Zoo mit Arnold Bronnens „Batermord“ eröffnet wird, „beabsichtigt“ Aufführungen von Bert Brecht, Hans Denny Jabann, Rudolf Borchardt, Marcelus Schiffer, Alfred Brust, Ernst Barlach, Friedrich Wolf, Paul Vanditch, Georg Büchner u. a. In der Eröffnungsfeierstellung wird die weibliche Hauptrolle von Agnes Straub dargestellt. — Wir hätten als wirklich einmal war nicht ein Talent, aber eine Talentförderung mehr. Was all diese Helfer sollen, ist nicht einzusehen. Die Volksbühne hat es schwer genug, auch nur für diese literarische Sonderaufführungen geeignete Stücke zu finden. Von der angekündigten Theatergesellschaft „Heute und morgen“ hört man auch nichts mehr. Zunächst wollen wir abwarten, wie das erste Stück, der „Batermord“, ausfallen wird. Dann wird sich zeigen, was von dem „Beabsichtigten“ zu halten ist.

Die Kupfererzeugung der Welt. Die Kupfererzeugung hat in den letzten 20 Jahren außerordentlich zugenommen, und betrug bisher im 20. Jahrhundert mehr als im ganzen vorangehenden Jahrhundert. Wie B. Brandt in den „Naturwissenschaften“ auf Grund einer Zusammenstellung in der „Geographikal Review“ mitteilt, belief sich die Kupfererzeugung um 1890 auf 15 000 t, die hauptsächlich in Großbritannien und dann in Russland, Japan, Chile, Schweden, Norwegen und Deutschland gewonnen wurden. 1890 war der Verbrauch auf 60 000 t gestiegen, und zu den Produktionsländern waren Australien, Kapland, die Vereinigten Staaten und Kuba getreten. Um 1870 war Chile der Hauptkupfererzeuger; 1883 hatten ihm die Vereinigten Staaten den Rang abgelaufen und lieferten 26 Prozent der auf fast 200 000 t angewachsenen Nachfrage. Die Entwicklung der Elektrizitätsindustrie hat nach 1900 eine immer größere Erzeugung von Kupfer hervorgerufen, und die auf 7 833 000 t gestiegene Ausbeute wurde zu 51,5 Prozent von den Vereinigten Staaten, zu 11,5 Prozent von England, zu 10 Prozent von Spanien und Portugal, zu 8 Prozent von Südamerika, zu 6 Prozent von Mexiko, zu 5 Prozent von Japan und zu 4,5 Prozent von Deutschland bestritten. Die Ausbeute der letzten Jahrzehnte schätzt man auf mehr als 10 Millionen Tonnen.

Großes Schauspielhaus. Ab Montag wieder „Dantons Tod“ Grapptlotterie der Künstlerhilfe f. d. hungernde Kulturland. Infolge des regen Besuches der Gewinnauflösung in der Galerie Altmann, Lützowufer 18 ist die Dauer der Ausstellung bis zum 1. April verlängert worden. Gleichzeitig wird eine Parallelausstellung weiterer Gewinne in der Arbeiterausstellung, Petersburger Str. 29 ab 2. März gezeigt werden.

Russischer Theater- u. Lichterabend zum Besten der hungernden Duffen, 100. Gemeinde-Schule, Lichterfelder Str. 67/68, nächsten Donnerstag 7 Uhr. Eintritt beim Gen. Voelky, Lützowufer Str. 19, 10 u. 7 Uhr.

schließen lassen, daß sie es auf eine Kraftprobe ankommen lassen wollten, die eine Kapitulation der Alumnatsleitung und der vorerwähnten Behörden vor dem Willen der Schülerschaft herbeiführen sollte.

Nach diesem Bericht des Ministers, der wohl kaum noch angezweifelt werden kann, haben sich die jungen Herren in der Tat so rüpelhaft wie möglich benommen. Aber auch Voelky gibt zu verstehen, daß die Sache mit der Maßregelung ihren Abschluß noch nicht gefunden hat, denn auch er betont, daß das ganze System der Bildungsanstalt Lichterfelde einer Ueberholung bedarf.“

Schritte zum Abbau der Anstalt sind bereits eingeleitet. „Das Berliner Tageblatt“ berichtet hierüber:

Der Direktor der Lichterfelder Anstalt, Hartung, der seinen Posten nur kommissarisch verwaltete, wird aus seinem Amte scheiden. Auch sämtliche Hausdamen wird gekündigt werden, so man diese Einrichtung als veraltet erachtet. Nur Frau Sorge wird anderswo im Staatsdienst beschäftigt werden. Im übrigen soll der Abbau der Anstalt beschleunigt, und keine Neuaufnahmen sollen mehr vorgenommen werden. Es wird interessieren, daß die Anstalt im letzten Jahre nicht weniger als 5 1/2 Millionen Mark Zuschuß erforderlich hat; mit anderen Worten: jeder Schüler hat einen Staatszuschuß von 11 000 Mark erhalten. Die skandalösen Provisionen der Primaner sind die Quittung für die Summen, die der republikanische Staat ihnen aus öffentlichen Mitteln Jahr für Jahr gemacht hat.“

Dieser letzten Bemerkung des „B. T.“ können wir zustimmen, aber sie gilt nicht nur für Lichterfelde, sondern für zahlreiche andere höhere Lehranstalten, in denen die Aufwendung des Staates gleichfalls sehr hoch und die „Quittung“ von der gleichen Art ist.

## Deutschnationale Praktiken

Der amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Der „Tag“ bringt in Nr. 137 „Interessante Einzelheiten“ zu den Lichterfelder Vorgängen. Die tatsächlichen Angaben dieses Artikels sind teils zu erfinden, teils entstellt wiedergegeben. So wird behauptet, daß das Ministerium „nicht auf direkte und legale Weise, sondern hinterherum von den Vorgängen erfuhr“, während in Wahrheit der zu ändige Anstaltsleiter am Vormittage des 17. Februar dem zu ändigen Ministerialreferenten von den Vorgängen pflichtgemäß amtliche Meldung erstattet hat. So wird Frau Oberschulrätin Dr. Wegscheider als Trennungslinien bezeichnet, die mit der ganzen Angelegenheit nicht das Geringste zu tun hat. Die planmäßige Anstellung des Regierungsdirektors Lohde steht mit den Vorfällen in keinerlei Zusammenhang und war bereits seit langem erfolgt. Auch alle anderen Angaben über die Rollen der beteiligten Beamten sind derart entstellt und erhalten so schiefe Beurteilung, daß eine Verichtigung spaltenlange Ausführungen erfordern würde. Es ist überaus bedauerlich, daß eine gewisse Presse versucht, aus den Lichterfelder Vorgängen parteipolitisch Kapital zu schlagen und sie als Vorwand für gehässige Angriffe gegen einzelne Verantwortlichen des Ministeriums zu benutzen.

## Der Stand der Eisenbahn

Aus dem Hauptausschuß des Reichstages

Am Hauptausschuß des Reichstages begann am Dienstag die Beratung des Etats der Reichsbahn für das Rechnungsjahr 1922. Der Reichsreferent Herr Groener erstattete einen ausführlichen Bericht über die Lage des Unternehmens. Der vorliegende Etat habe bereits eine neue Ergänzung erfahren. Im kommenden Wirtschaftsjahr müsse mit aller Energie das Gleichgewicht im Haushalt der Reichsbahn erhalten werden. Im Ausland seien den Eisenbahnen die durch die Folgen des Krieges entstandene Schulden bereits abgenommen worden, in Deutschland sei bisher der Reichsbahn kein Heller der Kriegsschulden gutgeschrieben. Es bleibe deshalb kein anderer Ausweg, als die durch den Krieg entstandene Fehlbeträge aus dem Unternehmen herauszuwirtschaften.

Der Minister wies auf die Sparmassnahmen hin, die im Lauf des letzten Jahres erfolgt sind. Der Personalbestand sei laufend verringert worden und werde in nächster Zeit eine weitere Verminderung erfahren. Die durch den Materialmangel bedingte Erhöhung der Güter- und Personalarbeit habe stets zeitlich und tatsächlich hinter der Steigerung der Materialpreise und der Löhne und Gehälter zurück. Die dem Etat zugrunde gelegten Materialpreise seien bereits stark überhöht. Die Preise für Lokomotivöl, Schienen, Schwellen und sonstig wichtige Bedarfsartikel seien im Durchschnitt gegenüber dem Jahre 1913 um das 6fache gestiegen. Die Hauptbelastung des Etats erfolge durch Kohle, Eisen und die Unterhaltung und Ergänzung der Fahrzeuge. Die Arbeitsleistungen des Personals seien in erfreulichem Umfange gestiegen, was in einer stetigen Erhöhung der Betriebsleistungen zum Ausdruck komme.

Das Reichsbahn-Finanzgesetz und das kommende Arbeitszeit-Gesetz seien die zwei großen Säulen, auf denen in Zukunft der Fortschritt des Unternehmens beruhe. Das Streikrecht könne den Beamten nicht zugestimmt werden. Auf der anderen Seite erkenne der Minister jedoch die Verpflichtung des Reiches an, für ausreichende Bezahlung der Beamten und Arbeiter zu sorgen. Auf Grund des Streiks der Reichsgewerkschaft seien 350 Disziplinarverfahren eingeleitet, es sei angeordnet, die Verfahren zu beschleunigen, 120 Verfahren seien bereits eingestellt und 230 kündbare Beamte entlassen.

Der Minister beurteilt die Aussichten der Reichsbahn durchaus günstig. Das Unternehmen sei im Kern absolut gesund. Auch die finanzielle Lage sei verhältnismäßig gut. Es bedürfe einer gewissen Zeit, um die Kriegsschulden zu begleichen. Die Leistungen würden weitersteigen. Die Aussichten für den Herbstverkehr seien gut. Der Minister betonte zum Schluß, daß Wirtschaft und Verkehr gemeinsame Interessen hätten und sich gegenseitig helfen müßten.

Der Hauptausschuß hat zu Beginn der Etatsberatung den Beschluß gefaßt, die Redezeit auf zehn Minuten zu beschränken. Wenn auch das Bestreben, das Redebedürfnis zu befriedigen, im allgemeinen gebilligt werden kann, so muß doch festgesetzt werden, daß dieser Beschluß bei dem Willkürnetze des höchsten Unternehmers der Welt die umgekehrte Wirkung erzielt. Kein Redner ist in der Lage, in der Generaldebatte den umfangreichen Stoff in zehn Minuten zu bewältigen. Trotzdem wurde eine Anregung, die Redezeit zu verlängern, nicht berücksichtigt. An der Aussprache beteiligten sich die beiden Berichterstatter Degler und Taubadel und die Abgeordneten Brunner und Wilsand.

## Bestechungen beim Neuköllner Wohnungsamt?

Im Herbst vorigen Jahres wurde behauptet, in einem Moabit-Prozess habe die Beweisaufnahme „ein erschreckendes Bild über die Zustände beim Neuköllner Wohnungsamt“ ergeben, und es sei durch Zeugen einwandfrei festgestellt, daß Nechercheure, die mit der Bearbeitung des von Wohnungsuchenden eingereichten Antrages betraut waren, sich nur dann für die Sache verwandten, wenn ihnen Beträge von 100 bis 300 M. zufließen. Das Gericht habe daher den Wahrheitsbeweis als vollkommen angesehen und deshalb die wegen Beleidigung Angeklagte freigesprochen. Weitere Strafsachen, die seinerzeit noch schwebten, sollten weiteres Material für die verbreiteten Behauptungen erbringen.

Am letzten Freitag war ein Termin von dem Landgericht II Moabit. Die Angeklagte ließ alle Zeugen aufmarschieren, deren sie habhaft werden konnte, denn man wollte, wie kurz vor dem Termin geäußert wurde, das ganze Neuköllner Wohnungsamt „in die Luft fliegen“ lassen. Zeit hatte man ein halbes Jahr, um Material zu sammeln. Und das Ergebnis? Sämtliche geladenen Nechercheure des Wohnungsamtes Neukölln erklärten unter ihrem Eide, niemals Besende irgendwelcher Art angenommen zu haben, und die geladenen Belastungszeugen verweigerten Mitleid.

Nur mit Rücksicht darauf daß die Angeklagte nicht vorbestraft sei, hat das Gericht mildernde Umstände gelten lassen. Aber trotzdem sei die Angeklagte zu 300 M. Geldstrafe evtl. Gefängnis und Tragung sämtlicher Kosten des Verfahrens zu verurteilen. Damit war dieser mit großem Tamtam angekündigte Prozess erledigt.

Ein Beweis, wie leichtfertig Behauptungen in die Welt gesetzt und wie schnell Beamte um ihre Ehre gebracht werden können. Der Verlauf hat gezeigt, daß gegen Beamte des Neuköllner Wohnungsamtes nichts Ehrenrühriges vorgebracht werden konnte. Die Bevölkerung möge sich das Urteil als warnendes Beispiel gelten lassen, weil gegen Personen, die ähnliche Dinge behaupten, wegen Beleidigung in jedem Falle Strafanzeige erstattet wird und auch gegen Personen vorgegangen wird, die versuchen, Beamte zu bestechen. Erst vor 14 Tagen hat in einem Beleidigungsprozeß gegen einen Beamten des Wohnungsamtes Neukölln der Angeklagte 2000 M. Buße bei dem Amtsgericht Neukölln bezahlt, um zu erreichen, daß die Anklage gegen ihn zurückgenommen wird. Ein anderer wurde wegen Beleidigung des Direktors Radtke hinfällig zu 120 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. Andere Beleidigungsprozesse schweben noch.

## Deutsche Kriminalwissenschaft im Auslande

„Die wissenschaftlichen Grundlagen der Identitätslehre unter besonderer Berücksichtigung der Handschrift und des Fingerabdrucks“ war das Thema eines zweitägigen Vortrages, den der Leiter des Erkennungsdienstes beim Polizeipräsidium Berlin, Dr. Schneider, auf Einladung des Bundes der Polizeiinspektoren der Utrechter Polizeiverwaltung im Gebäude für Wissenschaft und Kunst in Utrecht (Holland) gehalten hat. Ausgehend von dem durch Duquetet aufgestellten Naturgesetz, daß die Masse und Formen eines wachsenden oder abnehmenden Naturgebildes zwischen einem Maximum und einem Minimum schwanken, zwischen denen alle Mittelstufen liegen, die um so zahlreicher sind, je mehr sie sich der Mitte nähern, und um so seltener, je mehr sie sich von der Mitte entfernen, wies Dr. Schneider nach, daß dieses Gesetz alles beherrscht, was mit der Identitätslehre zusammenhängt, so weit diese sich mit menschlichen Formen, Massen und Ausdrucksbewegungen beschäftigt. Unter Vorführung zahlreicher gut gewählter Lichtbilder zeigte der Vortragende, wie jenes Gesetz auch für die Identifizierung von Handschriften und Fingerabdrücken Geltung habe. Die gerichtliche Schriftvergleichung könne nur dann als wissenschaftlich betrachtet werden, wenn sie dieses Gesetz beachtet, wenn sie die sekundären, also nicht individuellen, Merkmale von den primären, den individuellen, Merkmalen unterscheiden lerne. Unwissenschaftlich und daher untauglich seien alle jene Methoden, welche durch Messungen ein nicht mechanisch entstandenes Produkt einer Ausdrucksbewegung mechanisch zu erfassen und zu beurteilen versuchen. Einen ganz besonderen Platz in der Identitätslehre nimmt der Fingerabdruck ein; er ist eine Naturform, welche nicht wie die Handschrift dem menschlichen Einfluß unterworfen ist, und die mehr als jede andere Form der Körpergestalt eine genaue und zuverlässige Beschreibung ermöglicht. Diese Tatsache ist auch in dem neuen dänischen Fern-Identifizierungsverfahren des Kopenhagener Polizeiinspektors Jørgensen verwertet worden, so daß ein Mensch aus Grund seiner Fingerabdrücke so genau beschreiben werden kann, daß seine Feststellung an Hand eines Registers mit den gedruckten Zahlenformeln ermöglicht wird, ohne seinen Originalfingerabdruckbogen der Zentralstelle vor Augen zu haben. Zum Schluß wurden einige Kapitalfälle dargestellt, in denen die Handschrift und der Fingerabdruck eine wesentliche Rolle bei der Ueberführung des Täters spielten.

Dem sehr beifällig aufgenommenen, mit praktischen Beispielen illustrierten Vortrage wohnten außer den Polizeiinspektoren und Kommissaren auch der Bürgermeister, der Chef der Kriminalpolizei und die Richter und Staatsanwälte der Stadt Utrecht bei. Der Chef der Kriminalpolizei dankte dem Vortragenden für seine lehrreichen Ausführungen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die gegebenen Anregungen zu einer engeren Fühlungnahme bei der Bekämpfung des internationalen Verbrechertums auf guten Boden gefallen sind.

## Sparsystem bei der Reichspost

Bei der Reichspost soll und muß gespart werden. Das wird von jedem, auch von den bei der Reichspost Beschäftigten, anerkannt werden. Wenn aber immer und immer wieder am verkehrten Ende mit dieser Sparerei begonnen wird und dann nur auf Kosten der unteren Beamten und Arbeiter, dann ist es kein Wunder, wenn das Interesse und die Diensttreue bei den unteren Angestellten und Arbeitern immer mehr schwinden.

Wie das Sparsystem auf manchen Postämtern angewandt wird, davon einige Beispiele vom Postamt 23 77 in der Lindenwalder Straße 4-5. Dieses Postamt hatte bis vor wenigen Monaten als Amtsleiter einen Postdirektor und zwei Postinspektoren. Jetzt aber hat die hohe Postbehörde 1 Oberpostdirektor, 4 Postinspektoren und 6 Postinspektoren an die Spitze dieses Postamtes gestellt. Bei dem unteren Beamtenpersonal wird immer mehr gespart, und die neuen Direktoren- und Inspektorenstellen scheinen wie Pilze aus der Erde. Aber trotzdem versucht man bei diesem Amt auch zu sparen, man frage nur nicht wie. So ist der neue Leiter — ganz Militär — auf die Idee verfallen, alle Gastlöcher besetzen zu lassen und zur Herrichtung von warmem Wasser für Koch- und Waschwasser für das ganze Amt mit seinen Hunderten Angestellten einen Kochherd zur Verfügung zu stellen. Die Arbeiter, die zum Teil sehr schmutzige Arbeit verrichten müssen, sind dadurch fast gänzlich gehindert, sich vor der Einnahme ihrer Werkstätten die Hände zu waschen.

Ein rätselhafter Toter. Der gewaltsame Tod eines Mannes beschäftigt die Kriminalpolizei. In der Nacht vom 9. zum 10. d. M. wurde an der Budapester Straße im Tiergarten ein Mann von einem Privatdetektiv angehalten, weil diesem von einem Vertrauensmann mitgeteilt worden war, daß er gestohlene

Sachen bei sich habe. Der Detektiv benachrichtigte Beamte der Schutzpolizei, um den Mann nach der Wache bringen zu lassen. Auf dem Wege dorthin setzte sich der Angehaltene zur Wehr und geriet mit dem Privatdetektiv so heftig zusammen, daß dieser zur Waffe griff und einen Schuß abgab. Die Kugel traf den Mann so schwer, daß er zunächst nach der Charité gebracht werden mußte. Von dort wurde er dann einer Privatklinik zugeführt. Hier ist er gestern an der Schußverletzung gestorben. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, die Persönlichkeit festzustellen. Man weiß nur, daß der Tote vier verschiedene Namen geführt hat, den eines Kellners Bruno Schmidt, eines gewissen Mittel, eines Deier und eines Preisel.

## Die Zukunft des Schönholzer Parks

Das Jugendamt der Stadt Berlin teilt mit: Seit Jahren schon verhandelt die Stadtgemeinde Berlin mit der Berliner Schützengilde, um deren Schönholzer Gelände langfristig zu pachten oder käuflich zu erwerben, ohne daß die Verhandlungen zu einem Erfolge führten. Hierbei ergab sich aber, daß die Eigentümerin des Geländes mit einer anderen Stelle wegen der Pachtung verhandelte. Das Bezirksamt Pankow hat nun schon im Januar im Einverständnis mit dem Magistrat beschlossen, alle Straßen und Straßenteile, die durch den vom Gemeindevorstand Niederschönhausen unter dem 20. April 1904 förmlich festgesetzten Plan aufgeführt sind, aufzugeben. Das gesamte Dauerwaldgebiet einschließlich der darin belegenen Grundstücke der Berliner Schützengilde soll damit durch Enteignung der Bebauung entzogen und auf Grund des Fluchtliniengesetzes zu Gartenanlagen, Spiel- oder Erholungsplätzen ausgewiesen werden. Auf diese Weise wird der Schönholzer Park für den dicht besiedelten Norden Berlins eine ideale Sport-, Spiel- und Erholungsstätte werden, und als altes herrliches Parkgelände der Stadt Berlin erhalten bleiben.

## Die Kinderreichen im Zirkus Busch

Der „Bund der Kinderreichen E. V.“ verbreitet folgende Rundgebung: Die entsetzliche Not der kinderreichen Familien infolge der Teuerung, der für die Kinderreichen unerträgliche Steuerdrück, die allort ungenügende Rücksichtnahme auf die Kinderreichen in Gesetzgebung und Verwaltung, die unwürdigen Wohnungsverhältnisse vieler tausend kinderreicher Familien hat bei dem Bund der Kinderreichen von Berlin den Entschluß gereift, eine große Rundgebung der kinderreichen Familien Berlins und seiner Vororte im Zirkus Busch herbeizuführen. Kinderreich im Sinne des Bundes sind Familien mit mindestens vier, oder Verwitwete oder Schwerkranken mit mindestens drei Kindern. Der Bund ist unpolitisch und religiös neutral.

Die Veranstaltung findet am Sonntag, den 26. vormittags 11 Uhr im Zirkus Busch statt, der dem Bunde umsonst zur Verfügung gestellt worden ist. Die Geschäftsstelle des Bundes befindet sich in Charlottenburg, Kaiser-Friedrichstraße 61a.

## Spende deutscher Südafrikaner

Aus den Kreisen der schwerbeschädigten Zigarettenaffen wird uns geschrieben: Durch Vermittlung einer Hamburger Firma wurde, wie auch schon im Vorjahr, von Deutschen in Südafrika durch Sammlung eine Geld- und Tabakspende zusammengebracht, und dem Reichsarbeitsministerium mit der Bestimmung überwiesen, sie für die noch in Versorgungsanstalten befindlichen dauernd schwerbeschädigten zu verwenden. So zu lesen in der „Deutschen Allgem. Ztg.“ Die Großberliner Zigarettenaffen wären sehr dankbar für nähere Mitteilungen. Sie befürchten, daß die Sendung erst 1923 eintreffen wird, wenn nur noch wenige Zigarettenaffen vorhanden sind. Es wäre zweckmäßig, die Abwicklung der Angelegenheit zu beschleunigen.

Gebühren und Rückporto beilegen. Einwohnermeldeamt und Polizeireviere erhalten vielfach Zuschriften und Anträge von Privatpersonen, denen das für die Antwort erforderliche Rückporto nicht beigelegt oder die vorgeschriebenen Gebühren für die Auskunft fehlten. Bisher sind derartige Briefe an den Absender zurückgeschickt worden. Dabei ist es oft vorgekommen, daß die Empfänger die Annahme des als portopflichtige Dienstsache abgehandelt Briefes verweigerten, so daß der Portobetrag von der Behörde vorausgelagert werden mußte. Die Wiedereinziehung der vorausgelagerten Beträge verursacht aber höhere Kosten als der vorausgelagerte Betrag selbst ausmacht, so daß die Staatskasse bei dem umfangreichen Geschäftsbetrieb erheblich belastet wurde. Zur Vermeidung einer Schädigung der Staatskasse hat nun der Polizeipräsident auf Anweisung des Ministers des Innern angeordnet, daß Anträge um Auskünfte, falls die beiliegenden Gebühren nicht ausreichen, nicht mehr mit einem entsprechenden Vermerk zurückzusenden sind, sondern vielmehr der fehlende Betrag durch Postkarte einzufordern ist, deren Portobetrag von den eingehenden Gebühren vorweg in Abzug zu bringen ist. Etwa fehlende Portobeträge für die Zusendung der Auskünfte werden gleichfalls eingefordert. Anträge, denen weder Gebühren noch Portobeträge beiliegen, werden unbeantwortet gelassen.

Führungen im Botanischen Garten Dahlem. Wie im Vorjahr werden auch in diesem Sommer wieder vollständige Führungen im Botanischen Garten Dahlem durch wissenschaftliche Beamte des Instituts veranstaltet. Dem Liebhaber der Pflanzenwelt wird hierdurch Gelegenheit geboten, sich nicht nur an der Schönheit und Einart der reichen Bestände zu erfreuen, sondern sich auch einen Ueberblick über die wissenschaftlichen und praktischen Ziele des Gartens zu gewinnen. Die Führungen finden monatlich einmal von April bis September in vier Reihen, nach Wahl Montags oder Dienstags, von 5½ bis 7 Uhr statt. 1. Reihe Montag, den 3. April, 1. Mai, 29. Mai, 26. Juni, 7. August, 11. September Prof. Dr. Graebner. — 2. Reihe Dienstag, den 4. April, 2. Mai, 30. Mai, 27. Juni, 8. August, 12. September Dr. Krause. — 3. Reihe Montag, d. 10. April, 8. Mai, 12. Juni, 3. Juli, 14. August, 18. September Dr. Ullrich. — 4. Reihe Dienstag, den 11. April, 9. Mai, 13. Juni, 4. Juli, 15. August, 19. September Dr. Markgraf. — Eintrittskarten für eine Führungsreihe sind zum Preise von 10 Mark (inkl. Eintrittsgeld für den Garten) erhältlich bei den Führern des Botanischen Gartens. Kinder unter vierzehn Jahren können nicht zugelassen werden.

Städtischer Holzverkauf auf Kohlenkanten. Zur Verhinderung etwaiger Verluste von Händlern, Holz aus den Beständen der städtischen Holzplätze zu erwerben und es zu bedeutend höheren Preisen zu verkaufen, ist vom Bezirksamt Pankow die Maßnahme in Erwägung gezogen worden, in Zukunft die Holzabgabe in größeren Mengen (etwa von ¼ Raummeter an) nur an Einwohner des Verwaltungsbezirks gegen Vorlegung und Abstemmung der Kohlenkanten zuzulassen. Ueber die endgültige Regelung wird noch Mitteilung erfolgen. Die Bevölkerung wird aber schon jetzt auf diese Neuregelung, die zur Bekämpfung des Wuchers notwendig erscheint, hingewiesen.

Der deutsche Zweig der Internationalen Arbeiterliga für Frieden und Freiheit hält seine 5. Tagung vom 10. bis 12. April in Bremen ab. Ein Teil der ordentlichen Mitglieder der Liga, ein Teil aus dem Gebiete des Freihandels genömet. Außer bekannten deutschen Rednerinnen und Rednern haben Referentinnen und Referenten aus England und Frankreich Vorträge zugelegt. Programme erhältlich durch das Zentralbureau des Deutschen Zweiges, München, Odeonspl. 4-2.

Vorsicht! Rattenkampfstoff. Alle zur Auslegung von Rattenkampfstoff am 25. und 26. März Verpflichteten werden nochmals dringend davor gewarnt, ihre Häuser aus diesen und an den folgenden Tagen frei umherlaufen zu lassen.

## Gewerkschaftliches

### Berufskrankheiten des Arbeiters

In dem am 2. März in diesem Blatte veröffentlichten Aufsatz „Berufskrankheiten usw.“ tritt aus der Freigewerkschaftlichen Betriebsärztschule am den Abdruck folgenden Beschlusses.

Zu der Aufzählung und Erläuterung der häufigsten Berufskrankheiten des Arbeiters soll hier ergänzend erwähnt werden, in welcher Weise die Arbeiterschaft selbst bemüht ist, das Vorkommen derartiger Erkrankungen nach Möglichkeit zurückzudämmen.

Allein aus dem Betriebsrätegesetz ergibt sich bereits für die Betriebsräte die Verpflichtung, „auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten die Gewerbeaufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Aushilfe zu unterstützen, sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken.“ (§ 66, 3. 8.)

Der § 77 des BRG besagt ferner: „Ein von dem Betriebsrat bestimmtes Mitglied ist bei Unfalluntersuchungen, die vom Arbeitgeber, dem Gewerbeaufsichtsbeamten oder sonstigen in Betracht kommenden Stellen im Betriebe vorgenommen werden, zuzuziehen.“

Diese Verpflichtungen können die Betriebsräte jedoch nur unter bestimmten Voraussetzungen erfüllen. Zunächst müssen sie über die Unfallgefahren ihrer Industrie hinreichend unterrichtet sein, ferner die hygienischen Maßnahmen und Schutzvorrichtungen kennen, zu deren Einführung das Unternehmen verpflichtet ist. Weiterhin müssen sie aber auch unter ihren Betriebskollegen dahin zu wirken suchen, daß jeder einzelne durch Einhaltung der Schutzbestimmungen und durch der eigenen Person zur Bekämpfung der Berufskrankheiten beiträgt.

Um die organisierte Arbeiterschaft, insbesondere die Betriebsräte in diesem Bestreben zu unterstützen und ihnen praktische Handhaben zu geben, hat die Betriebsärztschule der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Berlin, bereits seit längerer Zeit Kurse über Gewerbe-, Sozial-Hygiene eingerichtet, die zum festen Bestand des Lehrplanes gehören und auch in dem Anfang Mai beginnenden neuen Unterrichtsabschnitt wiederholt werden sollen. Alle Genossen, die sich für die Fragen der Berufshygiene interessieren, seien daher auf diese Kurse der Betriebsärztschule hingewiesen.

### Wo bleibt die Logik?

Die Gewerkschaftsunterkommission des 14. Verwaltungsbezirks, Neukölln, beschäftigte sich in ihrer Sitzung am 21. März d. J. mit den von der Berliner Gewerkschaftskommission aufgestellten Richtlinien bei Lohnkämpfen und nahm nach einer Diskussion, in der für und wider die Richtlinien debattiert wurde, folgende Entschliessung an:

„Die Gewerkschafts-Unterkommission Neukölln lehnt die Richtlinien der Gewerkschaftskommission als zu schwerfällig und ungeeignet ab. Wir brauchen nicht Richtlinien, um den Kampf gegen das Kapital einzuschränken, sondern der Kampf muß auf breiterer Basis gestellt werden, damit alles getan wird, den Kampf der Arbeiter zu erleichtern.“

Diese Entschliessung ist lösslich! Wir nehmen zur Ehre der Gegner der Richtlinien, die ja von der Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission und der Kassenfunktionäre angenommen wurde, an, daß sie diese und ihre Begründung nicht gelesen haben. Denn die Richtlinien haben ja den einzigen Zweck, jeden Kampf auf eine breitere Basis zu stellen und ihn zu erleichtern. Wozu dann diese Resolution mit dieser Begründung?

### Merkwürdige Arbeitgeberrmethoden des Magistrats Berlin

Durch Schiedspruch eines vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschusses wurde den Hilfskräften des Magistrats Berlin eine Aufbesserung ihrer Bezüge für die Monate Januar bis März d. J. zugesprochen. Der Zentralverband der Angestellten hat ebenso wie der Magistrat Berlin den Schiedspruch angenommen. Die Stadtverordnetenversammlung, die sich ebenfalls damit beschäftigte, beschloß, die ganze Angelegenheit einem Ausschuss zur Beratung zu überweisen. Die Stadtverordnetenversammlung hat durch diesen Beschluß sehr wenig soziales Verständnis gezeigt, da die Auszahlung der Gehaltsrückstellungen wiederum bedeutend hinausgeschoben wird. Der Magistrat hat wohl die Auszahlung der Differenzbeträge für die Monate Januar-Februar d. J. angeordnet, weigert sich aber, unter Hinweis auf den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, für den Monat März die neuen Gehaltsbezüge zur Auszahlung bringen zu lassen. Dieser ganz unhaltbare Standpunkt des Magistrats hat in die Reihen der Arbeitnehmerschaft erneut lebhafteste Beunruhigung hineingetragen. Es muß hier mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß sich die Angestelltenhaft eine derartige willkürliche Behandlung auf die Dauer nicht gefallen lassen kann und wird, zumal die Gehälter weit hinter den Gehältern, welche in Industrie und Handel gezahlt werden, zurückbleiben.

Es ist unbedingte Pflicht des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, hier schleunigst Abhilfe zu schaffen.

### Schiedspruch im Freiergewerbe

Der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin hat am Montag, den 20. d. Mts., gegen die vereinigten Organisationen der Freier Groß-Berlin einen Schiedspruch gefällt, der die Lohnvereinbarung vom 15. Dezember 1921 mit Wirkung vom 21. März 1922 für die Zeit bis 30. April 1922 abändert und Sätze von 300 M. für Handpflügerinnen, bis 600 M. für Einrichter und Präparateur vorsieht. Die Ausschüttungslöhne betragen für Herrenfleure 11 M., für Damenfleure 12 M., während an Ausschüttung 450 M. resp. 40—100 M. für Sonn- und Feiertagsarbeit vorgesehen sind. Für verlangte Sprachkenntnisse kommt noch ein Lohnzuschlag von 60 M. Der Schiedspruch ist mit 14-tägiger Frist zum 30. April 1922 von jeder Partei aufkündbar, widrigenfalls er sich um einen Monat verlängert. Wenn auch mit der Verlängerung dieses Schiedspruches keine Rechtskraft noch nicht gegeben ist, so fordern wir trotzdem unsere Mitglieder auf, nicht unter diesen Sätzen zu arbeiten.

Der Vorstand des Arbeitnehmerverbandes des Tisch- und Haargerwerbes, Zweigverein Berlin.

### Parteiveranstaltungen

Freitag, den 24. März.

Neukölln. Bildungskommission, heute abend 7½ Uhr Sitzung im Partei-bureau.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Henkel, Berlin; für den Inhalt und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Romeriner, Berlin. — Verlagsgesellschaft „Arbeit“ e. V., Berlin. — Druck von R. A. R. O. Berlin, S. B. 6. Alexandrinerstr. 110.